

## **Abstract des Vortrags „Wasser – Grundlage des Lebens“**

**Danuta Sacher, Geschäftsführerin des Kinderhilfswerks terre des hommes**

Etwa jeder sechste Mensch hat keinen Zugang zu ausreichendem Trinkwasser. Jeden Tag sterben 6.000 Menschen an Wassermangel. Davon sind weit über die Hälfte Kinder. Sie sterben einen vermeidbaren Tod. Denn: „Die Welt verfügt sowohl über die Technologie, die finanziellen Mittel wie auch über die menschlichen Fähigkeiten, um Millionen Menschen von der Last fehlender Wassersicherheit zu befreien. Es fehlt jedoch politischer Wille und die Vision, um diese vorhandenen Mittel zum Wohl der Öffentlichkeit einzusetzen.“ Dies stellte der Weltentwicklungsbericht der Vereinten Nationen (*Human Development Report*, UNDP 2006, 28) bereits 2006 fest. Seither ist das tausendfache menschliche Drama kaum kleiner geworden.

Im Gegenteil – die Auswirkungen der Klimakrise in Form zunehmender extremer Wetterereignisse wie Dürren und Überschwemmungen verschärfen die Wassernot der Armen in den Entwicklungsländern. Jedoch ist der Zugang oder Ausschluss vom unersetzlichen und unverzichtbaren Wasser in unserer global vernetzten Welt längst nicht mehr allein eine Angelegenheit von Naturgunst oder –ungunst. Denn vermittelt über die international verwobenen Wertschöpfungsketten konsumiert der im eigenen Haushalt wassersparsame Durchschnittsdeutsche täglich Tausende von Litern Wasser anderer Regionen, das in den Textilien oder Lebensmitteln und allen anderen importierten Gütern des täglichen Konsums vergegenständlicht ist.

Deshalb ist die Wassernot der vielen fernen Nachbarn eine Gerechtigkeitskrise, der sich die gesamte globale Weltgesellschaft stellen muss.

Die Klimakrise verdeutlicht darüber hinaus die fundamentale Herausforderung, auf die sich die wasserabhängige Weltgesellschaft zu bewegt. Denn jede einzelne Auswirkung der Klimakrise und der dringenden Anpassungsmaßnahmen ist mit dem Thema Wasser verbunden: Schmelzende Gletscher und verlängerte Dürren, Verschiebung des Monsun-Rhythmus und wachsende Hurrikanhäufigkeiten, versalzende Grundwasserstöcke und versiegende Quellen erinnern daran, dass das Leben spendende Movers unserer gesamten Lebensumgebung das Wasser in seinen verschiedensten Aggregatzuständen ist.

Sowohl die Gerechtigkeitskrise der Verdurstenden wie auch die Klimakrise erfordern sofortiges und entschiedenes Handeln auf verschiedenen Ebenen. Damit dieses Handeln angemessen sein und zukunftsfähige Ergebnisse hervorbringen kann, bedarf es nicht nur der richtigen Techniken und hoher Investitionen, sondern auch einer Überprüfung und erneuten Vergewisserung über die Paradigmen, die das Handeln der lokalen, nationalen und globalen Akteure in der Wasserpolitik leiten.

So wurde bis in die 1980er Jahre in der internationalen Diskussion das Recht jedes Menschen auf ausreichendes Trinkwasser als selbstverständlich angenommen ebenso wie die

Annahme, dass der Staat in erster Linie verantwortlich dafür sei, dieses Recht umzusetzen. Dies änderte sich in den 1990er Jahren, unter anderem nach dem Scheitern der ersten UN-Wasserdekade.

Das Jahrzehnt nach dem Kalten Krieg brachte die stürmische, wirtschaftliche Globalisierung und die Phase des Neoliberalismus mit der Überhöhung und Entgrenzung der Kräfte des Marktes. In diesem Kontext verlagerte sich die öffentliche und internationale Debatte zum Thema Wasser dahin, es als Wirtschaftsgut zu betrachten. Dieses Konzept trat zum ersten Mal als eins der *Dublin Principles* 1992 auf der Internationalen Wasserkonferenz in Dublin in den Vordergrund. Die Weltbank übernahm es als neues Leitprinzip für ihre Sektorpolitik (Weltbank 1993) und begann die umstrittene Politik der Konditionierung von Darlehen im Wassersektor für die Länder des Südens. Der Abbau staatlicher Subventionen wurde zur Bedingung für neue Kredite, das Prinzip der Kostendeckung wurde in die Wasser-Tarifsysteme eingeführt und die lokalen Wassermärkte für Privatisierung und ausländische Investitionen geöffnet. Gigantische Privatisierungsprojekte wurden in vielen Ballungsgebieten von Argentinien bis nach Indonesien, von den Philippinen bis nach Uganda eingeleitet. Gleichzeitig förderte und unterstützte die Weltbank neue internationale Plattformen außerhalb des UN-Systems wie den Weltwasserrat (*World Water Council, WWC*) und die *Global Water Partnership (GWP)*, mit denen gemeinsam sie das Weltwasserforum schuf, das alle drei Jahre stattfindet. Diese neuen Gremien entwickelten sich zu wichtigen Stichwortgebern der globalen wasserpolitischen Diskussionen. Darüber hinaus gewann die Wasserproblematik zunehmend an Bedeutung für UN-Organisationen wie die WHO, UNESCO und UNEP. Eine teilweise kontroverse Diskussion über die besten Ansätze im Umgang mit den Problemen der Wasserversorgung kam in Gang.

Ende 2002 lieferte das Menschenrechtssystem der Vereinten Nationen einen wesentlichen Beitrag für die Paradigmen-Diskussion mit der Veröffentlichung des *Allgemeinen Kommentars Nr. 15* über das Recht auf Wasser im Rahmen des UN-Sozialpakts (*International Covenant on Economic, Social and Cultural Human Rights, ICESCR*). Das Dokument war durch den UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (*UN-Committee for Economic, Social and Cultural Rights, UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss*) erarbeitet worden. Der Allgemeine Kommentar Nr. 15 bestätigt das grundlegende Menschenrecht auf Wasser und stellt seine Bedeutung für die Verwirklichung aller anderen Menschenrechte dar (UN-Wirtschafts- und Sozialausschuss 2002).

Der Menschenrechtsansatz (*Human Rights-Based Approach, HRBA*) gewinnt zunehmend Aufmerksamkeit als Schlüsselkonzept, das die Rechte der Armen und ausgegrenzten Menschen in den Mittelpunkt des Problems rückt. Der Menschenrechtsansatz bietet den ethischen und legalen Rahmen dafür, dass Prioritäten bei Wasserver- und -entsorgungssystemen gesetzt werden und bietet politischen Entscheidungsträgern und zivilgesellschaftlichen Gruppen ein Instrumentarium dafür, die Wasserpolitik im Kontext von Klimakrise und Ressourcenkonkurrenz so zu gestalten, dass sie lokal und global gerecht und zukunftsfähig sein kann. Es ist auch eine gute Grundlage für den Aufbau eines internationalen Regelwerks zum Schutz der Wasserressourcen als Allgemeingut (common good).